



MARXISTISCHER
STUDENTEN-
BUND

SPARTAKUS

AUFRUF zur DEMONSTRATION gegen Abbau demokratischer Rechte

ZURÜCKNAHME DES SENATSERLASSES, KEINE AUSWEITUNG!

Am 28. Jan wird die Innenministerkonferenz unter Vorsitz Senator Ruhnau die bundeseinheitliche die bundesweite Vereinheitlichung der antidemokratischen Senatsentscheidung beraten. Diese Konferenz soll die Forderung der CDU/CSU erfüllen, Kommunisten zu kriminalisieren und das Engagement fortschrittlicher Bürger zurückzudrängen. Die von Barzel, Strauß und Co geforderte Einheit aller "demokraten" im Kampf gegen die demokratische Bewegung droht weitere Fortschritte zu machen.

ALLE DEMOKRATEN SIND BETROFFEN!

Die Maßnahmen gegen fortschrittliche Lehrer stehen in engem Zusammenhang mit Entlassungen aktiver Gewerkschafter und Jugendvertreter, mit Disziplinarstrafen gegen Angehörige von "Soldat 70", sind Teil der gesamtgesellschaftlichen Formierung durch das "neue" BetrVerfG und das HRG.

- z.B. wurde der Jugendvertreter von Phoenix, Peter Baer, wegen seines Einsatzes für die Interessen der Lehrlinge fristlos gekündigt,
- z.B. erhielt der Soldat und Vorsitzende des DGB-Kreisjugendausschusses Marburg, Wagner, für seinen Einsatz für die demokratischen Rechte der Soldaten in den Knast gesteckt,
- die Fälle Holzer, Henne, Laux und Heike Gohl sind Teil einer langen Kette von Berufsverbotsdrohungen gegen Lehrer.

Nicht nur Angehörige der Intelligenz, insbesondere Lehrer, sind von den Repressionsmaßnahmen betroffen; sie richten sich gegen die gesamte werktätige Bevölkerung!

WIDERSTAND IN ALLEN BEREICHEN

Gegen die Maßnahmen hat sich breiter Widerstand demokratischer Kräfte entfaltet. Der Hamburger Juso-Vorstand, die SPD-Kreise Harvestehude und Nord, der FDP-Landesausschuß und Bürgerinitiativen haben sich gegen den Senats-erlaß ausgesprochen. Selbst SPD-Vize Wehner hat diesen Strömungen Rechnung tragen müssen und den verfassungswidrigen Charakter der Senatsentscheidung festgestellt.

Wehner stellte richtig fest: "Ich sehe keinen Sinn darin, die freiheitlich-Grundordnung durch den ersten Schritt zu ihrer Beseitigung schützen zu wollen." Die demokratische Opposition sollte sich allerdings keine Illusionen über die Politik der SPD-Führung machen. Nicht die reaktionärsten Kräfte in der BRD, die CDU/CSU, sind Hauptfeind von Wehner, sondern die Organisationen, die eine Veränderung der Gesellschaftsordnung anstreben.

WAS KÖNNEN WIR TUN?

Einheitliches und geschlossenes Handeln aller demokratischer Kräfte allein kann uns vor dem Abbau demokratischer Rechte schützen. Welche Wirkung einheitliches Handeln haben kann, hat das "RCDS-Tribunal" bewiesen: Die Provokation der Reaktion wurde zurückgewiesen.

Rein studentische Aktionen reichen nicht aus! Die Repression zielt gegen alle Demokraten, besonders gegen die Arbeiterklasse; deshalb unterstützen wir die Demonstration des "Initiativkreises Bildungsnotstand".

18.00 Uhr Barmbeker Bahnhof

- der Zeitpunkt ist richtig gewählt, denn er ermöglicht die Teilnahme von Arbeitern und Angestellten.
- der Ort ist richtig gewählt, sie soll durch die traditionsreichen Barmbeker Arbeiterwohngebiete gehen.
- Zeigen wir auch am 27. Jan. unsere Fähigkeit zur einheitlichen Aktion. Enthalten wir uns aller Einzelaktivitäten, die zur Schwächung der zentralen Aktion von Arbeitern und Angestellten, Lehrlingen, Schülern und Studenten geeignet sind.

IM EINIGEN HANDELN LIEGT UNSERE KRAFT!